

Panne im Kantonsrat bei der Solarabstimmung

Die Abstimmung zur erleichterten Ökosanierung von Häusern ist ungültig. Das Parlament muss nochmals darüber befinden.

Von Stefan Häne

Zürich - Gross war der Jubel, als der Kantonsrat vor einer Woche beschloss, energetische Haussanierungen markant zu vereinfachen. Der energiepolitisch wichtige Entscheid fiel mit 167 zu 0 Stimmen bemerkenswert deutlich aus. Ein anderer Punkt ist freilich noch bemerkenswerter: Die Abstimmung ist ungültig - oder «gegenstandslos», wie es Moritz von Wyss, Leiter der Parlamentsdienste, formuliert. Nun muss der Kantonsrat in vier Wochen nochmals über die Änderungen im Planungs- und Baugesetz (PBG) befinden. Grund dafür ist ein Verfahrensfehler, den während der Debatte am 27. Februar niemand bemerkt hatte - weder Ratspräsident Jürg Trachsel (SVP) noch ein anderer Kantonsrat und ebenso wenig Baudirektor Markus Kägi (SVP), die Parlamentsdienste oder die anwesenden Journalisten.

Die Vorlage, eine Frucht der FDP-Initiative «Umweltschutz statt Vorschriften», war nach der ersten Redaktionslesung ordnungsgemäss ins Parlament gelangt. In der Folge hätte das Parlament korrekterweise bloss eine inhaltliche Debatte führen dürfen - ohne Schlussab-

stimmung. Die Redaktionskommission hätte die Vorlage hernach in einer zweiten Lesung überarbeiten müssen und erst dann zur entscheidenden Abstimmung bringen dürfen. Von Wyss spricht vom ersten Verfahrensfehler in seiner Zeit als Leiter der Parlamentsdienste, also in den letzten zwei Jahren. Er übernehme die Verantwortung dafür.

Petri wird nun Nein stimmen

Die Redaktionskommission, präsiert von Kantonsrat Bernhard Egg (SP), muss sich jetzt nochmals über das Geschäft beugen. Prüfen muss sie unter anderem, ob die geplanten Neuerungen im PBG gesetzeskonform und grammatikalisch fehlerfrei sind. Auch inhaltliche Änderungen sind möglich, werden aber selten vorgenommen. Weil der Rat in diesem Stadium die Vorlage bereits beraten hat, entsprechen eine erneute «inhaltliche Antragstellung» nicht den politischen Gepflogenheiten, so von Wyss.

Dass die Vorlage den Rat ein zweites Mal passieren wird, scheint so gut wie sicher - allerdings wird dies nicht mehr ohne Gegenstimme der Fall sein. Zumindest Gabi Petri (Grüne) wird dagegen votieren, wie sie auf Anfrage sagt. Sie befürchtet, eine Welle von Solaranlagen werde «den Ortsbild- und Denkmalschutz wegschwemmen». Am vorletzten Montag hatte sich Petri der Stimme noch enthalten. Verwirrt über den Aufruf zur Schlussabstimmung entschloss sie sich, besser nicht als falsch zu stimmen.

«Was Sie einen Unort nennen, ist unsere Aussicht»

Anwohner des geplanten SBB-Neubaus beim Bahnhof Tiefenbrunnen reagieren allergisch auf das Projekt.

Von Edgar Schuler

Zürich - Es herrschte in jeder Hinsicht dicke Luft gestern Abend an der Informationsveranstaltung des Quartiervereins Riesbach zum geplanten Büroneubau im Tiefenbrunnen. Der Saal im Gemeinschaftszentrum an der Seefeldstrasse war zum Bersten voll, als Vertreter der SBB antraten, um ihr Projekt «Vuelo» vorzustellen. Alarmierte Anwohner hatten in den letzten Tagen dazu aufgerufen, sich gleich aus erster Hand zu informieren (TA von gestern).

Projektleiterin Eva-Maria Kämpf hatte einen schweren Stand. Als sie sagte, die SBB wollten den bisherigen «Unort» des Bahnhofsgeländes mit dem Büroneubau aufwerten, antwortete ein Anwohner bitter: «Was Sie einen Unort nennen, ist unsere Aussicht.» Sorgen macht den Anwohnern erstens die Höhe des geplanten Hauses. Es soll drei Stockwerke plus ein Attikageschoss hoch werden, wobei dieses Attikageschoss deutlich höher ist als die anderen Geschosse. Dort ist ein Restaurant geplant. Kämpf erläuterte, das Projekt unterschreite mit 11,5 Me-

tern deutlich die 25 Meter Höhe des «Hotz-Chlotz», einem Vorgängervorhaben, gegen das sich die Anwohner vor Jahren erfolgreich gewehrt hatten.

Ein Thema war zweitens, dass das Haus auf aufgeschüttetem Land zu stehen kommen wird. Auf die Frage, ob sich der Kanton die Verwendung dieses sogenannten Konzessionslandes gesolden lassen wolle, antwortete Maria Åström von der SBB-Immobilienentwicklung, sie sei schon seit langem im Gespräch mit dem Kanton und dieser habe keine Forderungen geltend gemacht.

Drittens bezweifeln die Quartierbewohner, dass es in Riesbach noch mehr Büroraum braucht. Die zum Teil leer stehenden «Seewürfel» in unmittelbarer Nachbarschaft wurden zum Beweis angeführt. «Wir wissen, dass es an grossen, zusammenhängenden Büroflächen mangelt», antwortet darauf Åström. Zudem werde mit dem Bau erst dann begonnen, wenn für 70 Prozent der Bürofläche feste Mietzusagen vorlägen.

Und viertens fürchten die Anwohner, dass der Neubau den Eisenbahnlärm ins Quartier zurückwirft. Das Problem werde bei der Detailplanung und bei der Auswahl der Baumaterialien berücksichtigt, sagte Kämpf, aber genau geprüft habe man das noch nicht. Damit kam sie bei den Skeptikern schlecht an. Man vereinbarte eine zweite Aussprache.